

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Heinz Rapp MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, beschließt dem Freiburger Katholikentag selbstbewußte Offenheit.

Seite 1/2

Liesel Hartenstein MdB, begründet ihre Forderung nach einem autofreien Sonntag.

Seite 3/4

Walter Haack, Vertriebenenreferent der SPD-Bundestagsfraktion, nennt Dreggers Vertriebenen-Programm "unglaubwürdiges Geschmuse".

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 109-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 179

18. September 1978

Selbstbewußte Offenheit

Zum Freiburger Katholikentag 1978

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim SPD-Vorstand

Wäre es nur ein Katholikentag der großen Zahlen, im übrigen aber eine kirchliche Leistungsschau und die Demonstration von Geschlossenheit und Phalanx-Gesinnung gewesen, würden viele jetzt achselzuckend bemerken, man habe das Übliche nur wirksamer dargeboten als früher. Aber es war anders, und die gewaltigen Zahlen sind nur deshalb zustande gekommen, weil es anders war. Darob mag es nun in allen "Lagern" heilsame Irritationen geben.

Kurzum: Wer beim 85. Deutschen Katholikentag in Freiburg war, ist Zeuge einer ebenso in die Breite wie in die Tiefe gehenden religiösen Erneuerungsbewegung gewesen. Mit dem Hinweis auf ein neues Selbstgefühl der Laien in der Kirche ist nur ein Symptom dieser Erneuerungsbewegung beschrieben. Ein anderes ist, daß so sehr viele jungen Menschen gekommen waren, um Orientierung, Gemeinsamkeit, religiöse Betätigung zu suchen und zu finden: Nicht im Konsum des in überwältigender Fülle Gebotenen, sondern in der Selbsterfahrung des Redens mit Gott und den Menschen. Unter dem Prophetenwort der Verheißung von Zukunft und Hoffnung hatte der Katholikentag gestanden. Ein anderes Schriftwort mehr hat sich dem aufmerksamen Beobachter aufgedrängt: Hier haben sich die Väter und Mütter zu ihren Söhnen und Töchtern, die Töchter und Söhne zu ihren Müttern

und Vätern bekehrt. Es gibt Hoffnung, daß die Zeit der Sprachlosigkeit zwischen den Generationen zu Ende gehen könnte.

Offenheit wurde nicht mehr nur gefordert, sie wurde einfach praktiziert; es gab weder das Ausklammern von Problembereichen noch die Aussperrung von Meinungen. "Der Katholizismus" (was immer das ist) hat sich in Freiburg in aller Gelassenheit und aufmerksam den Herausforderungen nicht nur seiner kritischen Mitglieder, sondern auch der "Außenwelt" gestellt. Mitunter hatte man den Eindruck, daß auch dort, wo von der Besetzung von Funktionen - Referenten, Podiumsteilnehmer - her Abläufe vorprogrammiert schienen, man ganz andere Gesprächsentwicklungen nicht nur akzeptierte, sondern womöglich gar intendierte. Und dabei werden auch besorgte Konservative sich kaum je dem Eindruck haben verschließen können, daß jene heilen und nicht verletzen wollten, die den Dienst der Kritik leisteten. Nirgendwo die Attitüde, man habe alles immer schon besser gewußt, kaum je der Versuch, Ratlosigkeit mit Phrasen zu verhüllen.

Von religiöser Erneuerung war die Rede, nicht von einer Fluchtbewegung in die private Innerlichkeit. Die Frömmigkeit, die hier gefordert, gesucht und gefunden wurde, hat die Rede, daß der Mensch nicht nur vom Brot, sondern auch aus dem Wort Gottes lebt, in ihrer Gänze gemeint. Brot für alle, jetzt und in Zukunft: Niemals hatte man den Eindruck, das Engagement für die Menschen in der Dritten Welt, für die Leidenden überall in der Welt, für die nach uns kommenden Generationen, sei etwas der Frömmigkeit von außen Hinzugefügtes gewesen. Und dieses Engagement drängte danach, konkretisiert zu werden: Mit welchem Recht nennt sich jemand Christ, der an die fünfköpfige Familie nicht vermietet oder der als Unternehmer zum frühestmöglichen Zeitpunkt den Jugendvertreter entläßt, der in der Vertretung der Interessen der Jugendlichen seine Pflicht getan hat? Und wie christlich ist eine Gesellschaft, die die Lauen belohnt und die Mutigen bestraft.

Die neue, die nicht konzedierte, vielmehr selbstbewußte Offenheit ist auch in der stärkeren Präsenz von Sozialdemokraten auf dem Katholikentag spürbar geworden. Bei seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede zum Europa der Einheit in Vielfalt, zum Europa der Bürgerinnen und Bürger, zum Europa der sozialen Verantwortung konnte Bundeskanzler Helmut Schmidt der gespannten Aufmerksamkeit auch der parteipolitisch anders orientierten Teilnehmer gewiß sein. Hans Koschnicks Beiträge sprachen insbesondere die Jugendlichen an. Hermann Schmitt-Vockenhausens Rede zur Menschenwürde in Freiheit war einer der Höhepunkte des Katholikentages. Andere mehr haben sozialdemokratische Positionen markiert. Dieser Katholikentag kann nicht mehr ungeschehen gemacht werden; hinter das in Freiburg Erreichte wird man nicht mehr zurückgehen können noch wollen.

Von einer religiösen Erneuerungsbewegung war die Rede - was bewegt sich denn sonst in unserer Gesellschaft, zumal in unserer Jugend? Darin liegt freilich eine Herausforderung an alle, an die Katholiken ebenso wie an die Nichtkatholiken. Die evangelischen Christen haben die gleiche beglückende Erfahrung schon bei ihrem Berliner Kirchentag machen dürfen: Viele schöpfen in ihrem Glauben neue Hoffnung, werden sich ihrer Zukunft wieder gewiß. Zukunft und Hoffnung sind (auch) politische Kategorien. (-18.9.78/vo/ben)

Autofreier Sonntag - eine vernünftige Idee !

Geste der Solidarität mit denen, die am Ende der Straße wohnen

Von Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Ich bin für einen autofreien Sonntag im Jahr. "Gemeinsam eine Pause machen" - das war das Motto der Aktion autofreier Sonntag, die sich bereits im Frühjahr dieses Jahres mit dem Vorschlag der "Einführung eines Kfz-freien Sonntags" an alle Bundestagsabgeordneten gewandt hat. Die Aktion konnte sich dabei auf die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (infas) stützen, wonach 67 Prozent der Bevölkerung einen autofreien Sonntag im Jahr begrüßen würden. Das Zweite Deutsche Fernsehen präsentierte im Januar 1978 ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so positives Fazit: 54,8 Prozent der Bürger sprachen sich für einen Kfz-freien Sonntag aus. Interessant ist dabei die Aufschlüsselung: 59,7 Prozent der Frauen, aber nur 49,9 Prozent der Männer bejahten die Idee, das Auto einen ganzen Sonntag lang in der Garage stehen zu lassen.

Worum geht es eigentlich? Geht es nur um die Energieeinsparung, sprich: Einsparung von Treibstoff? Dies war der entscheidende Grund, der uns im November 1973 nach dem sogenannten Ölschock gleich mehrere autofreie Sonntage hintereinander beschert hat. Unfreiwillig und ohne viel Federlesens. Heute wäre dieses sicher kein durchschlagendes Argument, denn die Ölversorgung hat sich inzwischen wieder - wenn auch auf höherem Preisniveau - eingependelt; und außerdem wissen wir heute, daß wir mit der Energieeinsparung auf allen Ebenen ernst machen müssen, nicht bloß beim Auto.

Nein, es geht um mehr. Der frühere Parlamentarische Staatssekretär und heutige Bundesinnenminister Baum hat davon gesprochen, daß eine vierundzwanzigstündige Pause von Lärm und Abgasen eine "heilsame Wirkung" haben könnte. Dies ist auch meine Meinung. Die simple und doch so wichtige Überlegung, daß wir durch einen gemeinsamen Tag ohne Auto die Entdeckung machen könnten, daß die Welt auch anders zu erleben ist, daß die Straße wieder den Menschen gehören würde, vor allem den Kindern, die einmal, ein einziges Mal im Jahr (!) den Disziplinierungsstreß vergessen und die Straße als

Spielfeld, als Begegnungsstätte, als Verbindungsglied zu den Nachbarhäusern benutzen dürfen - allein diese Erfahrung wäre schon die Probe aufs Exempel wert. Wie schnell Anonymität übrigens aufgehoben sein kann, wenn die Menschen sich wieder auf ihren zwei Beinen begegnen statt auf vier (oder zwei Rädern), das haben uns jene Sonntage im November 1973 unter anderem auch gelehrt.

Die Aktion autofreier Sonntag versteht ihren Vorschlag als "Geste der Solidarität mit denen, die nicht am Ende der Straße wohnen". Gemeint sind wohl diejenigen, die nicht abseits der Straße, nicht geschützt, nicht im Grünen wohnen, sondern die Tag und Nacht die Belastung durch den Straßenverkehr zu ertragen haben. Diese Mitbürger zählen zu Hunderttausenden, ja zu Millionen. Nicht umsonst haben sich 1977 rund 75 Prozent der Bevölkerung für mehr Lärmschutz ausgesprochen, auch wenn er hohe Kosten verursacht und dafür weniger Straßenkilometer gebaut werden können.

Ein letztes Argument, für mich aber ein sehr wesentliches: Ein autofreier Sonntag wäre gleichzeitig ein Gedenktag für die 15.000 Todesopfer, die der Straßenverkehr in unserem Land jährlich fordert. Alle drei Stunden verunglückt auf unseren Straßen ein Kind. Der sogenannte Alltag geht über solche unmenschlichen Tatsachen hinweg. Nützen wir den autofreien Sonntag dazu, um darüber nachzudenken, wie wir das Verkehrswesen in unserer dichtbesiedelten Bundesrepublik humaner gestalten können.

Ein Novembertag, zum Beispiel der Volkstrauertag, würde sich als geeigneter Termin anbieten.
(-/18.9.1978/vo-he/ben)

Das Fallobst der CDU wird nicht mehr reifen

Dreggers "soziale Gerechtigkeit und Dienst am Menschen"

Von Walter Haack

Referent für Geschädigtenfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der "Deutschland-Union-Dienst" hat am 12. September 1978 Auszüge aus dem Programm der CDU für die diesjährige Landtagswahl veröffentlicht. Das Programm trägt die Überschrift: "Für die liberale Erneuerung Hessens" und im Kapitel V einen Abschnitt "Soziale Gerechtigkeit - Dienst am Menschen".

Es kann nur noch als schizophren bezeichnet werden, wenn sich gerade ein Mann wie Dr. Dregger für eine "liberale" Erneuerung des sozialliberal regierten Hessen einsetzen will. Noch mehr: Es ist traurig, daß man überhaupt auf solches Geschwauze zugunsten der Geschädigten des 2. Weltkrieges durch die CDU in Hessen eingehen muß, aber man muß es tun, damit die Glaubwürdigkeit unseres Staates und die der sozialliberalen Bundesregierung erhalten bleibt und noch gestärkt wird und die Unglaubwürdigkeit der CDU in Hessen jedermann bewußt wird.

Der erste Satz in Dreggers Programm lautet: "Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler gehören zu uns". Bleiben wir bei den Aussiedlern: Was Bundeskanzler Helmut Schmidt und der polnische Parteichef Edward Gierek am Rande der Helsinki-Konferenz außenpolitisch vereinbart haben, wird innenpolitisch exakt durchgeführt. Alle Aussiedler wissen es und das deutsche Volk weiß es, nur nicht Herr Dregger und die CDU in Hessen: 1976 sind auf Initiative unseres Bundeskanzlers 44.402, 1977 54.251 und 1978 bis zum 31. August 35.030 Aussiedler in unser Land gekommen, davon aus Polen in dieser Zeit: 82.761 Deutsche.

Diese Deutschen aus den Ostblockstaaten "gehören zu uns", nicht nur zur CDU in Hessen; sie sind Deutsche unter Deutschen. Wir alle haben die Pflicht, uns ihrer anzunehmen und sie wissen, daß es nur der Initiative von Helmut Schmidt zu verdanken ist, daß sie bei uns in Freiheit und ohne Sorgen leben können.

Aber es geht noch weiter mit dem "CDU-Programm in Hessen". Was sie "verstärkt" zur wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung tun will, ist fast wörtlich abgeschrieben aus dem Eingliederungsprogramm der Bundesregierung vom Mai

1976. So ein Programm hat es zu CDU-Zeiten im Bundesgebiet nach 1945 noch nie gegeben, obwohl es auch in früheren Jahren mehr als notwendig gewesen wäre.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten waren es, die im Dezember 1975 zu einer konzentrierten Aktion zugunsten der Aussiedler aufgerufen haben und wenige Monate später war es auch schon so weit. Für all das, was Herr Dregger und seine CDU in Hessen wollen, hat die Bundesregierung in allen nur denkbaren Fragen die materiellen Voraussetzungen geschaffen, um eine schnellstmögliche Eingliederung zu verwirklichen: Der Wohnungsbau läuft, Förderschulen und Sprachkurse sind eingerichtet, Eingliederungshilfen für die Einrichtung der ersten Wohnung werden mit günstigen Darlehen zur Verfügung gestellt (in zwei Jahren 170 Millionen DM), zusätzliche Kreditprogramme gewährleisten den Start in ein neues Leben und vieles andere mehr. Für nur vier Jahre schätzt die Bundesregierung die zusätzlichen Ausgaben auf ca. 1,7 Milliarden DM.

So könnte man Herrn Dreggers Programm weiter auseinandernehmen. Er will die kulturpolitische Arbeit der Vertriebenen und Flüchtlinge unterstützen und "intensivieren". Man muß hier wirklich fragen, ob der Bundestagsabgeordnete Dr. Dregger nicht den Bericht der Bundesregierung von 1973 bis 1975 zu dem allseits bekannten § 96 des Bundesvertriebenengesetzes kennt und hierzu die einhellige und positive Auffassung des ganzen Deutschen Bundestages.

Freie Demokraten waren es im Bundesministerium des Innern und Sozialdemokraten waren es im Bundestag, die Initiativen entwickelt haben, nämlich das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.

Um auch noch einen Satz zu den Flüchtlingen aus der DDR zu sagen: Die ganze CDU/CSU hat es seit 1952 und speziell seit dem Bau der Mauer im Jahre 1961 versäumt - absichtlich verhindert -, daß die Vermögensgeschädigten aus der DDR Leistungen nach dem Lastenausgleich erhielten. Dieses Unrecht hat erst 1971 die SPD/FDP-Bundesregierung beseitigt. Über drei Milliarden DM sind bisher gezahlt worden, weitere werden folgen. Dies war unsererseits eine Solidarität, die wir Sozialdemokraten den Mitteldeutschen schuldig waren und sie wissen auch dies.

In diesem Sinne lassen wir uns nicht an dem grünen Baum sägen, der von uns gepflanzt und angewachsen ist, der viele gute Wurzeln hat. Das Herbstlaub wird die Träume der CDU in Hessen bedecken, die Ernte werden wir in die Scheune bringen und das Fallobst des CDU-Programms wird nicht mehr reif werden. (-/18.9.1978/vo-he/ben)